

# KONFLIKTBAROMETER

## WELT 1995

Jährliche Konfliktanalyse des

HEIDELBERGER INSTITUTS FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG

HIK E.V.

### WELT

In der Welt der Konflikte zeigt sich 1995 keine größere Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Die lediglich leichte Tendenz zur Deeskalation setzt den Trend von 1994 fort. Die Schwerpunkte gewaltsamer Auseinandersetzungen liegen punktuell in Bosnien, Kroatien und Tschetschenien (Europa), in Sri Lanka (Südostasien), in Liberia und Sierra Leone (Afrika) und im Sudan und Afghanistan (Vorderer und Mittlerer Orient). Alle Kriege haben innerstaatliche Ursachen und basieren auf ethnischen und/oder religiösen Spannungen. Die Tendenz zur Deeskalation wird vor allem durch Friedensinitiativen der Großmacht USA (Haiti, Naher Osten, Bosnien, Nordirland) sowie internationaler Organisationen bewirkt. Während die USA u.a. ihre Machtressourcen konstruktiv einsetzen, nutzen die internationalen und regionalen Organisationen mit Erfolg ihr diplomatisches und wirtschaftspolitisches Instrumentarium.

0

KONFLIKTE	EUROPA		AFRIKA		AMERIKA		ASIEN		ORIENT		GESAMT		
	lfd.	neu	lfd.	neu	lfd.	neu	lfd.	neu	lfd.	neu	lfd.	neu	Summe
LATENTE KONFLIKTE	16	0	8	0	8	0	8	2	5	0	45	2	47
KRISEN	6	0	4	1	5	0	1	0	11	1	27	2	29
ERNSTE KRISEN	1	0	5	0	1	0	12	0	8	0	27	0	27
KRIEGE	2*	2*	1	1	0	0	0	1	2	1	5	5	10
SUMME	25	2	18	2	14	0	21	3	26	2	104	9	113
SUMME	27		20		14		24		28		113		

\* Europa: insgesamt 4 Kriege (2 lfd., 1 neu, bzw. 1995 eskaliert) im ehem. Jugoslawien; 1 Krieg (neu) in Tschetschenien

PUTSCHE	EUROPA		AFRIKA		AMERIKA		ASIEN		ORIENT		GESAMT
PUTSCHE	0		1	Gambia	0		0		1	Qatar	2
PUTSCHVERSUCHE	0		3	Nigeria Komoren S. Tomé/Princ.	0		0		2	Irak Azerbaidjan	5
MAßNAHMEN DER KONFLIKTBEARBEITUNG	EUROPA		AFRIKA		AMERIKA		ASIEN		ORIENT		GESAMT
EINVERNEHMLICHE LÖSUNG (z.B. ABKOMMEN, FRIEDENSVERTRAG)	3	Rußl.-Ukraine; Makedonien-Griechenland; Slowak.-Ung;	1	Sierra-Leone (nicht eingehalten)	2	Spanien-Kanada; USA-Kuba (Flüchtlinge)	0		2	Israel-PLO; Saudi Arab.-Jemen	8
EINVERNEHMLICHE LÖSUNG MIT HILFE DRITTER (/)	3	Bosnien (Dayton)/ USA	1	Tuareg-Niger/ Anrainerstaaten u. Frankreich	0		0		0		4
WAFFENSTILLSTANDS-ABKOMMEN/ TRUPPENABZUG	0		0		1	Peru-Ecuador	0		0		1
NEUE VERHANDLUNGEN MIT HILFE DRITTER (/)	2	Krimkonflikt; Tschetschenien /beide OSZE	0		1	Guatemala (intern)/ UNO	0		1	nordirakische Kurdengruppen/ USA	4
BEENDIGUNG DURCH GERICHTSURTEIL	0		0		0		0		0		0
NEUAUFNAHME VON VERHANDLUNGEN ODER DIPLOMAT. BEZIEHUNGEN	0		0		1	UK-Argentinien	3	Indone.-Timor; USA-Vietnam; Myanm.-Aung	1	Rußland-Tadschikistan /UNO	5
BEENDIGUNG DURCH DRUCK/ DROHUNG	0		0		0		0		0		0
FRIEDENSMISSION	2	Bosnien (IFOR)	0		0		0		1	UNMIT	3
DEESKALATION DURCH MILITÄRISCHE INTERVENTION	1	Bosnien (NATO)	0		0		0		0		1
EINDÄMMUNG ODER BEENDIGUNG DURCH GEWALT	0		0		1	Peru- "Leuchtender Pfad"	3	Sri-L.-Tamilen Atjeh-Indones. W.-Irian-Indon.	1	Türkei-PKK	5

LEGENDE: 'lfd.': 1994 bereits laufende; 'neu': 1995 initiierte, politische und militärische Konflikte, die ein Mindestmaß an öffentlicher Aufmerksamkeit erlangt haben. Konflikte können mehrfach gezählt sein, z.B. wenn ein Waffenstillstand erst vereinbart, dann aber wieder gebrochen wurde. Alle Angaben beziehen sich auf Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Die Abgrenzung der Regionen erfolgt nach kultureller und konfliktbestimmter Zusammengehörigkeit. Stand: 14. Dezember 1995

---

## EUROPA

---

Konfliktpolitisch umfaßt Europa das heutige Rußland bis zum Ural sowie die früheren Sowjetrepubliken des Baltikums, Georgiens, Moldawiens, Weißrußlands und der Ukraine. Nachdem der Kontinent Europa 1995 zunächst von den neu aufflammenden Kriegen zwischen Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien gezeichnet ist, rücken in der zweiten Jahreshälfte Bemühungen um die Beendigung der gewaltsamen Auseinandersetzungen in den Vordergrund. Auch der Krieg in Tschetschenien und die Bemühungen um dessen Beilegung haben das öffentliche Interesse auf sich gezogen. Beide Kriege sind durch Abkommen beendet worden, während die Konfliktbewältigung weiter verhandelt wird. Alle anderen Konflikte bleiben wie im Vorjahr 'auf kleiner Flamme'. In Nordirland besteht Hoffnung auf eine Annäherung der Konfliktparteien. Europa kann somit nach der Konfliktwelle, die mit dem Ende des Kalten Krieges begann, wieder Hoffnung schöpfen.

Nach wie vor ist die konfliktreichste Region in Europa das Gebiet des **ehemaligen Jugoslawien**. Der Grundkonflikt zwischen der moslemisch-kroatischen Föderation und den von Restjugoslawien unterstützten bosnischen Serben wird auch 1995 als Krieg (Ifd.1) ausgetragen. Ebenso dauern die kriegerischen Auseinandersetzungen in Bosnien zwischen den Regierungstruppen und abtrünnigen Moslems um Fikret Abdic in der Enklave Bihac (Ifd.2) an. Während der Konflikt zwischen kroatischen Truppen und serbischen Separatisten in den von aufständischen Serben kontrollierten Gebieten Westslawonien und der Krajina in diesem Jahr zum Rückeroberungskrieg eskaliert (neu), sind die Chancen einer friedlichen Reintegration des von Serben kontrollierten Ostslawoniens in das kroatische Territorium gestiegen. Militärisch scheitert im Juni der Versuch der bosnischen Regierungstruppen, die Belagerung Sarajevos zu durchbrechen. Die UNO-Schutzzonen Srebrenica und Zepa fallen im Spätsommer unter den Angriffen der Truppen des bosnischen Serbengenerals Mladic. In der Folge werden etwa 6000 männliche Flüchtlinge im größten Massaker des Krieges ermordet. Als Antwort auf einen Granatenbeschuß Sarajevos, dem zahlreiche Zivilisten zum Opfer fallen, fliegt die NATO etwa 2000 Luftangriffe gegen serbische Stellungen und Versorgungseinrichtungen. Diese Schwächung der Truppen Mladics nutzen die kroatische Armee und die bosnischen Regierungstruppen zu weitreichenden Rückeroberungen in der Krajina

und im Westen Bosniens sowie zur Eroberung Bihacs. Nach diesen Kriegserfolgen tritt ein politisches und militärische Gleichgewicht ein. Dieses Patt nutzen die USA, um die Kriegsparteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Die schwierigen zweiwöchigen Verhandlungen in Dayton, Ohio, mit den Präsidenten Serbiens, Bosniens und Kroatiens, Milosevic, Iztbegovic und Tudjman, führen am 24. November zur Unterzeichnung eines ersten Abkommens, das folgende Regelungen beinhaltet: Die staatliche Einheit Bosniens wird als Föderation aus einem bosnisch-kroatischen (51% des Territoriums) und einem serbischen Teil (49% des Territoriums) erhalten. Gemeinsame Hauptstadt bleibt das ungeteilte Sarajevo mit den Sitzen eines einheitlichen Parlaments und der Präsidentschaft mit eingeschränkten Befugnissen. Ferner ist die Rückkehr der Flüchtlinge und der Ausschluß von Kriegsverbrechern vom politischen Leben, die Bildung zweier Korridore (Brcko, Gorazde) sowie die schrittweise Aufhebung der UNO-Sanktionen gegen Serbien und des Waffenembargos gegen Bosnien im Vertragstext vorgesehen. Der militärische Teil der Vereinbarungen beinhaltet u.a. die Stationierung einer internationalen Friedenstruppe (IFOR) von 60.000 Soldaten unter NATO-Kommando, die die UNPROFOR ersetzt. An IFOR, deren Einsatz auf zwölf Monate begrenzt ist, beteiligen sich unter eigenem Kommando auch russische Einheiten. Bosnien wird in militärische Überwachungszonen, vor allem an den Frontlinien, eingeteilt. Auf dieser Grundlage wird vereinbart, am 14. Dezember in Paris ein Friedensabkommen zu unterzeichnen. Allerdings wird sich die Umsetzung wegen zahlreicher ungeklärter Fragen (Rückkehr der Flüchtlinge, Korridorenfrage, Entschädigungen, Kriegsverbrechen, Funktionsfähigkeit Bosniens als Staat, innerserbische Konflikte zwischen Milosevic und Karadzic) sehr schwierig gestalten. Es besteht Hoffnung, daß diese blutigsten Konflikte in Europa seit 1945 mit etwa 250.000 Toten und 2,2 Millionen Flüchtlingen beendet werden können. Im Dezember 1994 greifen Einheiten der russischen Armee die russische Republik **Tschetschenien**, die sich schon 1991 für unabhängig von Rußland erklärt hat, an. Im Kriegsverlauf werden der tschetschenische Norden und nach heftigen Gefechten im Februar die Hauptstadt Grosny besetzt. Die tschetschenischen Soldaten ziehen sich in die südlichen Berge zurück, wo sie weiterhin russischen Luftangriffen ausgesetzt sind. Mitte Juni kommt es in der südrussischen Stadt Budjonnowsk zu einem Geiseldrama. Ein tschetschenisches

Terrorkommando nimmt etwa tausend russische Geiseln, mit denen sie ihre Forderungen nach einem gesichertem und international kontrolliertem Abzug der russischen Armee und eine friedliche Lösung des Konflikts durchsetzen wollen. Die unter Druck gesetzte Moskauer Regierung willigt Ende Juli in ein Militärabkommen ein, in dem vereinbart wird, daß die russischen Truppen bis auf ein kleines Kontingent abziehen, während die Tschetschenen im Gegenzug ihre Waffen abgeben sollen. Unter der seit März in Tschetschenien anwesenden OSZE-Vermittlung verhandeln die Parteien weiter. Am 29. August wird in Tiflis, der Hauptstadt **Georgiens**, ein Anschlag auf den Präsidenten Schewardnadse verübt, der nur leicht verletzt wird. Der Anschlag steht im Zusammenhang mit der bevorstehenden Parlamentsabstimmung über eine neue Verfassung. Am 5. November werden die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, wie angekündigt, abgehalten. Schewardnadse wird im Präsidentenamt bestätigt. Im Konflikt um die abtrünnige Provinz **Abchasien** führen die Verhandlungen, die von der UNO und Rußland in Moskau geleitet werden, bislang zu keinem Ergebnis. Für die zwei weiteren Autonomiekonflikte Georgiens in **Adcharien** und **Südossetien** können auch dieses Jahr keine Lösungen gefunden werden. Im Konflikt der **Ukraine** mit Rußland über die Aufteilung der Schwarzmeerflotte wird am 9. Juni ein Abkommen unterzeichnet, in dem Rußland Sewastopol als Hauptstützpunkt seiner Flotte behält und die militärische Infrastruktur benutzen darf. Im Krim-Konflikt zwischen der Ukraine, Rußland und der Regierung der Krim-Region finden im Mai Gespräche unter der Vermittlung der OSZE statt. In **Moldawien** wird am 27. März ein Referendum abgehalten, bei dem sich die Mehrheit für den Verbleib russischer Truppen in Transnistrien ausspricht. Im Konflikt zwischen Griechenland und **Makedonien** um Gebietsansprüche und die Staatsbezeichnung „Makedonien“ verlängert die UNO am 31. März das Mandat der UNPREDEP. Am 13. September unterzeichnen beide Staaten ein

erstes Normalisierungsabkommen. Am 15. Oktober beendet Griechenland seine fast zweijährige Wirtschaftsblockade gegen Makedonien. Nachdem das griechische Parlament die internationale Seerechtskonvention von 1982 ratifiziert hat, wäre es Griechenland gestattet, seine sechs Seemeilenzone auf zwölf Meilen ausdehnen. Dies würde im **türkisch-griechischen Ägäisstreit** eine Verkleinerung der türkischen Seemeilenzone zur Folge haben. Die Türkei droht, wie im Vorjahr, im Fall der Erweiterung mit militärischen Aktionen. Im jahrhundertealten **Nordirland**-Konflikt zeichnen sich 1995 Friedenshoffnungen ab: Das im Februar veröffentlichte Rahmenabkommen sowie der weitgehend eingehaltene Waffenstillstand aus dem Vorjahr könnten die Grundlage für eine politische Lösung werden. Der erstmalige Besuch eines amerikanischen Präsidenten in Belfast Anfang Dezember wird aller Voraussicht nach die ins Stocken geratenen Verhandlungen zwischen der Londoner Regierung, der irischen Regierung sowie Vertretern der Protestanten und der Sinn Fein in Nordirland fördern. Keine Bewegung gibt es in der **Zypernfrage**. Das UNO-Mandat für UNFICYP wird ungeachtet ergebnisloser Verhandlungen wieder verlängert. Der latente Konflikt in **Korsika** um mehr Autonomie von Frankreich ist trotz gelegentlicher Anschläge gegen kontinental-französisches Eigentum auch dieses Jahr nicht eskaliert. Der **Südtirolkonflikt**, der **Gibraltarkonflikt**, der **spanisch-marokkanische** Konflikt um Ceuta und Melilla und der **Baskenkonflikt** bleiben latent bestehen. Der **russisch-estnische** Konflikt um den Grenzverlauf kann ebenfalls nicht gelöst werden. Die **rumänisch-ungarischen** Spannungen um die ungarische Minderheit in Rumänien bleiben bestehen. Im März wird ein Grundlagenvertrag zwischen den Ministerpräsidenten der **Slowakei und Ungarns**, Meciar und Horn, unterzeichnet, der sowohl die Minderheitenrechte, Grenzfragen sowie die Nutzung des Donauwassers zum Gegenstand hat. Seine Umsetzung steht noch aus.

---

## AFRIKA

---

Im Vergleich zu 1994 sind die gewaltsamen Auseinandersetzungen in Afrika etwas zurückgegangen. Dies gilt insbesondere für die in den Vorjahren gravierendsten Kriege in Angola, Somalia, Liberia und Ruanda, auch wenn die zugrundeliegenden Konflikte, jedenfalls in Liberia und Ruanda, weiterbestehen.

Dennoch werden zahlreiche Konflikte gewaltsam ausgetragen. Der Bürgerkrieg in **Sierra Leone** wird trotz des (prekären) Friedensabkommens in das benachbarte **Liberia** hineingetragen. Die mit

militärischen Gruppen in Liberia verbündete Rebellenfraktion kontrolliert einen großen Teil des Landes, wobei ihr Auflösungserscheinungen der Armee, die einsetzende Auflösung der staatlichen Ordnung wie auch die Involvierung verschiedener Nachbarländer in den Konflikt (Guinea, Liberia, Elfenbeinküste) zu Hilfe kommen. In **Somalia** verlassen die UNO-Truppen das Land im März endgültig, ohne daß es zum befürchteten Wiederaufflammen des Bürgerkriegs kommt. Die ungeklärte Machtfrage führt aber weiterhin zu

sporadischen militärischen Auseinandersetzungen rivalisierender Gruppen. In **Burundi** eskaliert der ethnische Konflikt erneut. Armee und Tutsi-Milizen liefern sich Gefechte mit Hutu-Milizen um die Kontrolle von Teilen der Hauptstadt. In diesem Zusammenhang kommt es zur wiederholten Massenflucht der Hutu-Zivilbevölkerung und zu Massakern und Zusammenstößen im Norden und Westen des Landes. Dort sickern auch Hutu-Milizen aus **Zaire** ein, die mit den Flüchtlingen in den Lagern Ost-Zaires ein Potential möglicher Destabilisierung für die ganze Region darstellen. Die Repatriierung und Reintegration dieser Hutu-Flüchtlinge aus Zaire nach **Ruanda** ist auch nach mehr als einem Jahr nach dem Massenexodus unsicher. Der **Tuareg-Konflikt in Niger** kann auch dank eines von Frankreich und den Anrainerstaaten vermittelten Friedensabkommens, das die Reintegration der Rebellen und Autonomieregelungen für einige Tuareg-Regionen vorsieht, entschärft werden, obgleich abzuwarten bleibt, ähnlich wie im benachbarten **Mali**, ob alle Tuareg-Rebellengruppen und in Mali auch die seßhafte schwarze Bevölkerung diese Regelungen tatsächlich akzeptieren und die Tuareg-Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten zurückkehren. In **Kenia** und **Ghana** kommt es auch 1995 zu ethnischen Unruhen über Landfragen, die zwar im Vergleich zum Vorjahr abflauen (im Fall Kenias aber nicht an politischer Brisanz verlieren), aber dennoch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führen. Auch im **Tschad** werden bei der Befriedigung und

Reintegration der verschiedenen Rebellenbewegungen im Osten und Süden des Landes wenig Fortschritte gemacht. Der Grenzkonflikt zwischen **Nigeria und Kamerun** um die Bakassi-Halbinsel führt zu keinen neuen militärischen Auseinandersetzungen - der Fall ist vor dem Internationalen Gerichtshof anhängig. Die an acht Vertretern der Ogoni-Minderheit in **Nigeria** vollstreckten Todesurteile rücken jedoch den gewalttätigen Charakter der innenpolitischen Auseinandersetzungen in Nigeria seit dem Abbruch des Demokratisierungsprozesses im Sommer 1993 in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Ähnlich erfolglos operieren auch die verschiedenen sezeptionistischen Bewegungen: Der Friedensschluß in Angola beraubt die Rebellen in **Cabinda (Angola)** ihres taktischen Verbündeten UNITA; der Egal-Administration in **Somaliland** bleibt die Anerkennung genauso versagt wie den Casamance-Rebellenen **Senegal**, die allerdings im Verlauf des Jahres die Regierungsarmee zu zwei umfangreichen Offensiven zwingen. In **Sansibar** bleibt die Zukunft des gespannten Verhältnisses zwischen Insel und Festland abhängig von der Politik des neugewählten tansanischen Präsidenten Benjamin Mkapa. In **Südafrika** fordern Kämpfe zwischen verfeindeten Schwarzen-Milizen und politischer Mord in KwaZulu/Natal weiterhin jeden Monat mehrere Hundert Todesopfer, wobei die Grenzen zwischen organisierter politischer Gewalt, Banditentum und Gewaltkriminalität zunehmend verwischen.

---

## ASIEN

---

Mit Ausnahme von Sri Lanka wird auf diesem Kontinent die Ausgleichspolitik der vergangenen Jahre fortgeführt. Gewaltsame Konflikte, die Minderheiten betreffen, finden vor allem in geographisch abgelegenen Gebieten der einzelnen Länder statt und lassen das übrige Staatsgebiet von militärischen Aktionen unberührt.

### - Südasien -

In **Sri Lanka** wird der im Januar 1995 geschlossene Waffenstillstand zwischen der Regierung und der tamilischen Guerilla LTTE im April von der LTTE gebrochen. Die Präsidentin Sri Lankas, Kumaratunge, legt im Juli einen Friedensplan vor, der einige Forderungen der LTTE erfüllt. Trotzdem halten die schweren Kämpfe an. Im Dezember nehmen die Regierungstreitkräfte im Dezember die Hochburg der LTTE, Jaffna, ein. Der Feldzug der Regierung fordert hohe Verluste auf beiden Seiten und löst im Kriegsgebiet einen Flüchtlingsstrom unter der tamilischen Bevölkerung aus. In der Wirtschaftsmetropole Karachi, Hauptstadt der

**pakistanischen Provinz Sindh**, eskalieren die Konflikte zwischen sich durch Herkunft definierende Gruppen (Einheimische vs. vor langer Zeit Zugewanderte), religiösen Gruppen (Sunniten vs. Schiiten) sowie auch kriminellen Banden. Durch die Geiselnahme europäischer Touristen in dem nach Unabhängigkeit bzw. Anschluß an den pakistanischen Teil strebenden Gebiet eskaliert der Konflikt um **Kaschmir** in Indien und belastet das Verhältnis zu Pakistan. Der in den Vorjahren von der Regierung in Delhi gewaltsam unterdrückte Konflikt im **Punjab** eskaliert im Herbst erneut mit der Ermordung des Chefministers des Bundesstaats durch eine terroristische Befreiungsbewegung, die für einen unabhängigen Sikh-Staat Khalistan kämpft. In der gesamten Indischen Union bleibt der Konflikt zwischen **Hindus und Muslimen** akut, und führt zu politischen Auseinandersetzungen zwischen der jeweiligen Regierungspartei und der radikal-hinduistischen BJP. Die im November 1994 gewählte kommunistische Minderheitsregierung in

Nepal wird im September 1995 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gestürzt. In der neuen Regierung unter dem Vorsitzenden der Kongreßpartei, Deuba, sind neben seiner Partei die dem Königshaus nahestehende nationaldemokratische Partei und eine weitere Partei vertreten. Die innenpolitische und wirtschaftliche Lage Nepals bleibt schwierig.

#### - Ostasien -

Der Konflikt zwischen Rußland und Japan um die Zugehörigkeit der Kurilen Inseln schwelt weiter. Das Abkommen, das die Krise Nordkoreas mit der Internationalen Atomenergiebehörde und den USA um Nordkoreas Atomanlagen im Oktober 1994 beigelegt hat, hält auch 1995. Im November 1995 kommt es erneut zu Spannungen zwischen Süd- und Nordkorea. Die Teilmobilisierung der Armeen am Grenzstreifen sind auch Folge von aktuellen innenpolitischen Krisen in Südkorea sowie der wirtschaftlichen Misere im Norden der Halbinsel. In Taiwan kann sich bei Parlamentswahlen im November 1995 die Chinesische Volkspartei, Kuomintang, des Präsidenten Lee trotz erheblicher Verluste behaupten. Während die VR China an ihren Grenzen weiterhin auf Entspannungskurs bleibt, ist das Verhältnis Taiwans zur VRChina durch provokante Kriegsmanöver Chinas an der Küste zu Taiwan deutlich gespannter als im Vorjahr. Chinas Ansprüche auf die Spratley- und Paracelinseln werden weiterhin durch militärische Präsenz aufrechterhalten. Die Umsetzung der Vereinbarungen zwischen Großbritannien und der VR China über die Zukunft Hongkongs bleibt abzuwarten.

#### - Südostasien und Südpazifik -

Nachdem die Regierung Myanmars, SLORC, mit verschiedenen bewaffneten Minderheiten dreizehn Waffenstillstände in den letzten zwei Jahren geschlossen hat, zerstören im Januar und Februar 1995 die Regierungstruppen des Militärregimes das Hauptquartier der noch weiter rebellierenden ethnischen Minderheit der Karen in Manerplaw. Dieser Offensive folgt ein brüchiger Waffenstillstand. Im März führen die Regierungstruppen eine Offensive gegen die Mongtai-Armee des Opiumkönigs und Shan-Anführers Khun Sa. Gewaltsame Auseinandersetzungen mit weiteren bewaffneten Gruppen halten während des ganzen Jahres an. Im Juli wird die Friedensnobelpreisträgerin und Bürgerrechtlerin Aung San Suu Kyi in Yangon (Rangun) nach sechsjährigem Hausarrest

überraschend freigelassen. Die regierenden Militärs Myanmars versuchen mit dieser Geste ihre internationale Isolierung zu durchbrechen. Vietnam wird im Juli 1995 von der ASEAN aufgenommen. Zwanzig Jahre nach Ende des Vietnamkriegs nehmen Vietnam und die USA im August diplomatische Beziehungen zueinander auf. Auch das Verhältnis Vietnams zu China entspannt sich durch die Wiedereröffnung einer Eisenbahnverbindung im Dezember. In Kambodscha kommt es wiederholt zu Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Verbänden der Roten Khmer. Verhandlungen finden im Gegensatz zum Vorjahr nicht statt. Im April schließen Laos, Vietnam, Kambodscha und Thailand den „Vertrag über die Vertiefung der Zusammenarbeit und die gemeinsame Nutzung des Mekong“ ab. Dieser Vertrag demonstriert die Kooperationsbereitschaft früherer Kriegsgegner (Laos-Thailand, Vietnam-Kambodscha). Die Auseinandersetzungen in den indonesischen Provinzen Atjeh und Irian/West Papua gehen weiter zurück, da sich die Regierungstruppen weitgehend durchsetzen können. In dem von Indonesien besetzten Ost-Timor kommt es mehrfach zu Kämpfen zwischen Anhängern der Unabhängigkeitsbewegung FRETELIN und indonesischen Streitkräften. Die erstmals abgehaltenen Gespräche zwischen der indonesischen Regierung und Vertretern des Widerstands in Ost-Timor enden ebenso ergebnislos wie eine neue Gesprächsrunde zwischen der indonesischen und der portugiesischen Regierung. Auf den Philippinen halten die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der kommunistischen Guerilla (NDF) und zwischen der Regierung und der moslemischen Guerilla (u.a. MNFL-Abspaltungen) im Süden des Landes weiter an. Friedensgespräche zwischen der Regierung und der MFLN werden von anderen moslemischen Gruppen abgelehnt. Im Juni scheitern Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der NDF.

Trotz des im Vorjahr geschlossenen Waffenstillstands zwischen der Regierung von Papua-Neuguinea und Angehörigen der Guerilla BRA dauern gewaltsame Auseinandersetzungen auf der Insel Bougainville an. Die Proteste pazifischer Staaten, vor allem aus Japan, Australien, Neuseeland und dem Übersee-Territorium Französisch-Polynesien, gegen die Atomtests Frankreichs führen zu diplomatischen Krisen und im Oktober auf Tahiti kurzzeitig zu Ausschreitungen.

---

## VORDERER UND MITTLERER ORIENT

Die Region des Vorderen und Mittleren Orients, die

sich von der Westsahara im Westen bis

Tadschikistan im Osten erstreckt, ist eine der konfliktreichsten der Welt. Alle zum Teil gewaltsamen Konflikte haben ethnische, territoriale und sehr häufig religiöse Ursachen und sind mit machtpolitischen Motiven verbunden.

#### - Maghreb -

In den arabischen Staaten Nordafrikas gewinnen die jeweiligen Regierungen gegenüber den **islamistischen Bewegungen** im Lande an Boden. Letztere verlegen ihre Tätigkeit auch zunehmend ins Ausland: Bombenattentate in Frankreich sind im Zusammenhang mit der **algerischen Krise** zu sehen, ebenso wie die Attentate in Pakistan und der fehlgeschlagene Mordanschlag auf den ägyptischen Präsidenten in Äthiopien im Zusammenhang mit dem innenpolitischen Konflikt in **Ägypten** stehen. Die Wahlen, die in Algerien und Ägypten stattfinden, befrieden die Konflikte nicht, da bedeutende Teile der Opposition nicht an den Abstimmungen teilnehmen. Der Grenzkonflikt zwischen **Ägypten und dem Sudan** nimmt erneut an Schärfe zu. Die UNO-Sanktionen gegen **Libyen**, das die Auslieferung mutmaßlicher Terroristen an die USA bzw. Großbritannien weiterhin ablehnt, bestehen weiter. Ebenso wird der **Westsahara-Konflikt** fortgesetzt. In seiner Resolution 1017 v. 22.9. beklagt der UN-Sicherheitsrat, daß die Hauptbeteiligten, Marokko und die POLISARIO-Front, die Überprüfung der Wahlberechtigten für das von der UNO angeregte Referendum wie im Vorjahr herauszögern. Weitgehend unbeachtet von der Weltöffentlichkeit ging der Bürgerkrieg im **Sudan** 1995 in sein zwölftes Jahr und nimmt durch die zunehmende Einbeziehung verschiedener Nachbarstaaten (grenzüberschreitende Flüchtlingsströme, gegenseitige Infiltrationsversuche) auch regionale Dimensionen an (Konflikte Khartums mit Uganda, Äthiopien und Eritrea).

#### - Arabischer Osten und die Türkei -

Der Entspannungsprozeß im Nahen Osten dauert an. Am 28. September unterzeichnen **Israels** Premierminister Rabin und **PLO**-Führer Arafat ein zweites Autonomieabkommen, das den Zeitplan für den vollständigen Rückzug der israelischen Truppen aus den palästinensischen Ballungszentren in den besetzten Gebieten, eine Sondervereinbarung über Hebron, Wahlen zu einem Palästinenserrat, die Freilassung der palästinensischen Gefangenen und den Zugang zu den für beide Seiten heiligen Stätten regelt. Auf beiden Seiten kommt es immer wieder zu Terroranschlägen von militanten Gegnern des Abkommens. Im November wird der israelische Premierminister Rabin von eigenen Landsleuten ermordet. **Israel und Syrien** finden noch zu keiner Annäherung im Konflikt um die von Israel besetzten Golan-Höhen. Die innenpolitischen

Konflikte im **Irak** zwischen Bagdad und den im Süden lebenden Schiiten sowie den Kurden im Norden werden ebenso wenig beigelegt wie der außenpolitische Konflikt des **Irak mit der UNO** bzw. mit den USA um die Einhaltung der Waffenstillstandsverpflichtungen aus dem Zweiten Golfkrieg. Eine Militärrebellion gegen die Führung wird niedergeschlagen. Die Flucht eines nahen Verwandten des irakischen Diktators Saddam Hussein nach Jordanien löst vorübergehend eine Krise zwischen beiden Staaten aus, die die USA zu einer Truppenverstärkung in der Golfregion veranlassen. Im faktisch autonomen Norden des **Irak** erweisen sich die Waffenstillstände zwischen kurdischen Milizen der Patriotischen Front Kurdistans einerseits (PUK) und der Demokratischen Partei Kurdistans-Irak (DPK-Irak) andererseits als brüchig. Die **Türkei** bekämpft weiterhin die kurdischen Aufständischen der PKK mit einem massiven Truppenaufgebot: die Frühjahrsoffensive der türkischen Streitkräfte in den Nordirak, das Rückzugsgebiet der kurdischen Arbeiterpartei PKK, veranlaßt die deutsche Regierung erstmals, die Waffenlieferungen an das NATO-Mitglied Ankara auszusetzen. Weiterhin lehnen Militär und Zivilregierung der Türkei eine politische Lösung des Kurden-Konflikts unter Berücksichtigung von Minderheitenrechten ab. Die kurzen aber gewaltsamen Angriffe auf die schiitische Minderheit der Aleviten vom Frühjahr weiten sich nicht zu einem größeren innenpolitischen Konflikt für die gesamte Türkei aus. Der **türkisch-russische** Konflikt um die Bosphorus-Durchfahrt wird nicht abschließend beigelegt und muß weiterhin als latent eingestuft werden.

#### - Golfregion -

Bis auf die unblutige Entmachtung des Emirs von **Qatar**, die Unruhen unter der schiitischen Minderheit auf Bahrain und die fortdauernde Kontroverse zwischen **Iran und den VAE** (Vereinigte Arabische Emirate) um Inseln im Persischen Golf bleibt es in der Region - verglichen mit manchen Jahren zuvor - ruhig.

#### - Zentralasien -

Die gewalttätigen Konflikte in Tadschikistan und in Afghanistan dauern unvermindert an. In **Tadschikistan** kommt es ungeachtet der Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens zwischen Regierung und Opposition und trotz der Parlamentswahlen, von denen die Opposition allerdings ausgeschlossen ist, zu anhaltenden Gefechten im Pamir-Gebirge. Weiter unterstützt russisches Militär die Regierung in Duschanbé, indem es die Grenze nach Afghanistan gegen Übergriffe der dorthin exilierten Opposition sichert, wobei diese Übergriffe offenbar auch von russischer Seite

inszeniert werden. Der UN-Sicherheitsrat bekräftigt das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen Tadschikistans in seiner Resolution 999 vom 16. Juni. Die unter UNO-Ägide geführten Verhandlungen zwischen Regierung und der seit 27. Juli vereinigten tadschikischen Opposition bleiben erfolglos. Der **afghanische Bürgerkrieg** kann auch von der anfänglich erfolgreichen neuen militärischen Gruppierung der Taliban, die mit dem Anspruch aufgetreten ist, den Krieg zu beenden, nicht eingedämmt werden. Ganz im Gegenteil - die Umsetzung eines bereits von den meisten übrigen Parteien akzeptierten UN-Friedensplanes wird erneut verhindert. In den unter den Kriegsfürsten aufgeteilten Provinzen herrscht überwiegend Ruhe, während sich die Kämpfe auf die Hauptstadt Kabul

konzentrieren. Die seit dem Vorjahr eingetretene Waffenruhe im Konflikt zwischen **Armenien und Aserbaidschan** um die Enklave Berg-Karabach hält weiter an, doch die Friedensgespräche bleiben ergebnislos. Eine erneute Rebellion gegen das aserbaidshanische Regime scheitert. Im Konflikt zwischen **Aserbaidschan und Rußland** um den Verlauf der Trassenführung für Erdölpipelines bietet die aserische Seite unter dem Druck der USA eine Kompromißvariante an, die Rußland nur noch eine eingeschränkte strategische Kontrolle des Rohstofftransports erlaubt. Dennoch ist dieser Konflikt, ebenso wie jener zwischen Moskau und Baku um die Ausbeutung der Erdölvorkommen im Kaspischen Meer nicht abschließend beigelegt.

---

## AMERIKA

---

In der wiederum konfliktärmsten Region Nord-, Zentral- und Südamerika überwiegen Deeskalation und Stabilisierung. Putsche oder Putschversuche hat es wie im Vorjahr nicht gegeben. Erhöhte Beachtung erhielten der Grenzkonflikt zwischen Ecuador und Peru sowie die Konflikte in Kanada um die Abspaltung Quebecs und die politisch-ökonomische Krise in Mexico.

Die seit Jahren an Intensität gewinnende Auseinandersetzung um die Loslösung der frankophonen Provinz **Quebec** von Kanada erreicht mit dem Referendum vom Oktober einen Höhepunkt. Die Sezessionisten verfehlen mit 49,4% (1980: 40%) nur ganz knapp die Mehrheit. Mit 50,6% behalten die Gegner der Unabhängigkeit noch einmal die Oberhand. Die Führung der Sezessionisten kündigt aber bereits die nächste Abstimmung an. Daneben kann der Konflikt um Fangquoten und Rechte zwischen Spanien (EU) und Kanada durch einen Kompromiß beigelegt werden. In **Mexiko** sind die nach der Revolte in Chiapas vom Januar 1994 angelaufenen Verhandlungen festgefahren. Einerseits erhöht sich die Unwilligkeit der Regierung zu echten Reformen, und der Machtverfall der Staatspartei sowie die ökonomische Krise stehen für sie im Vordergrund. Andererseits haben sich auch die Positionen der Zapatisten, die die Revolte geleitet haben, nach der von ihnen durchgeführten erfolgreichen Volksbefragung verhärtet. In **Haiti** stabilisiert sich die politische Lage nach der Intervention der USA im Oktober vergangenen Jahres, wozu neben den 6000 UNO-Soldaten auch die Parlamentswahlen vom September beitragen, in denen die Lavalas-Partei des Präsidenten Aristide einen klaren Sieg erringt. In **Guatemala** führen die Verhandlungen mit der Guerilla (URNG) trotz einiger Teilabkommen noch zu keinem Durchbruch,

wenngleich ein inoffizieller Waffenstillstand überwiegend eingehalten wird. Derzeit ist eine neue Verhandlungsrunde angelaufen. Das Abkommen zwischen den **USA und Kuba** entspannt die Flüchtlingsproblematik. Gegen massiven Druck des Kongresses verfügt Präsident Clinton eine geringe Lockerung des Embargos gegen Kuba. Auf der Insel selbst mildern die im Herbst eingeleiteten ökonomischen Reformen zwar die Versorgungsengpässe, aber sie verschärfen auch soziale Gegensätze. Latente ungelöste Grenzfragen bestehen weiter zwischen **Venezuela und Kolumbien** um die Monjes-Inseln sowie um die Gebietsansprüche von **Guatemala an Belize**. Bei beiden Konflikten kommt es zu kleineren Grenzzwischenfällen. Auch der Anspruch von **Venezuela an Guyana** auf die Essequibo-Region, das Streben **Bolivians nach einem Meereszugang** durch Chile hindurch und schließlich der Konflikt um die **Falkland-Inseln** zwischen Argentinien und Großbritannien, bei dem es eine Annäherung im ökonomischen Bereich gibt, existieren weiter. Demgegenüber eskaliert der Konflikt zwischen **Peru und Ecuador** um das Gebiet der Kondorberge im Amazonastiefland. Der seit etwa 150 Jahren schwelende Konflikt ist immer wieder aufgeflammt und hat 1941/42 zu einem Krieg geführt, der trotz eines vermittelten Friedensabkommens 1981, 1984 und 1992 wieder gewaltsam ausgetragen wurde. Die dreiwöchigen Grenzkämpfe sind im März 1995 durch einen Waffenstillstand beendet worden, ohne daß die territoriale Frage gelöst worden wäre. Der Krieg mit dem "Leuchtenden Pfad" in **Peru** entscheidet sich militärisch zugunsten der Regierung. Fast die gesamte Führungsspitze der Guerilla, die nur noch zu sporadischen Anschlägen in der Lage ist, wird verhaftet. Eine Normalisierung zeigt sich auch in der

Rückkehr von Flüchtlingen in ehemalige Kampf- und Guerillagebiete. Neben der wirtschaftlichen Stabilisierung haben nicht zuletzt diese Erfolge die Wiederwahl des Präsidenten Fujimori gesichert. Bei den internen Konflikten in **Kolumbien** konzentrieren sich die Auseinandersetzungen nach dem Scheitern von Gesprächen mit der Guerilla (FARC) auf die Provinz Uraba. Nach der Tötung Pablo Escobars und der Zerschlagung des Medellinkartells 1994 gelingt dem unter dem Verdacht der Inanspruchnahme von

Drogengeldern stehenden Präsidenten Samper mit der Verhaftung der Führungsspitze des Kartells von Cali ein spektakulärer Erfolg, der aber lediglich die Dezentralisierung des weiterhin florierenden Drogengeschäftes beschleunigt. Mit der Verhängung eines auf drei Monate befristeten Ausnahmezustandes versucht die Regierung die Gewalt von Paramilitärs, Guerilla und Kriminellen ohne erkennbaren Erfolg einzudämmen.

---

## KONFLIKTMANAGEMENT:

### UNO, Großmächte, regionale und nicht-staatliche Vermittlung

---

Die **Vereinten Nationen** sind, nachdem sie in den Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges zunächst eine Renaissance erfahren hatten, 1995 deutlich an ihre Grenzen gestoßen. Die Hoffnung, daß der Sicherheitsrat die Rolle eines Friedensschaffenden übernehmen könnte, hat sich zerschlagen. Statt dessen spielt vor allem die Großmacht **USA** im Rahmen globaler Interessenpolitik diese Rolle - und dies in Regionen mit komplexen Konfliktkonstellationen in Europa, in Mittel- und Südamerika, im Nahen Osten und Ostasien. Im übrigen fördern die USA auch die Bildung und Stärkung regionaler Integrationsbemühungen in Amerika, im Pazifischen Randbereich sowie in Europa. Auch die regionale Organisation **OSZE** kann

Erfolge verbuchen, die aber nicht im Rampenlicht des Medieninteresses stehen (Moldawien, Tschetschenien, Mazedonien, Baltikum, Berg Karabach, Bosnien). Die **Europäische Union** beteiligt sich u.a. auch am Friedensprozeß in Bosnien und übernimmt logistische und finanzielle Verpflichtungen zum Wiederaufbau. Die regionalen Integrationsbemühungen werden weitergeführt (**Mercosur, APEC, ASEAN, NAFTA**). Nicht-staatliche Konfliktmanagement wird u.a. vom ehemaligen US-Präsidenten **Carter** als Vermittler in den Konflikten in Ruanda und im Sudan betrieben.

---

**Herausgeber:** Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) e.V. erfaßt systematisch die jährlich stattfindenden (neu initiierten und fortlaufenden) Konflikte in ihren unterschiedlichen Intensitäten. Ebenfalls registriert werden die Konfliktbeendigungen bzw. -lösungen, wobei Lösung sich auf dauerhafte, weil konsensual beschlossene Übereinkommen stützen muß. Dieses Konfliktbarometer gibt die Soll- und Haben-Bilanz internationalen Konfliktverhaltens wieder und aktualisiert das zugrundeliegende Nachschlagewerk „Konflikte seit 1945“ (Freiburg: Ploetz-Vlg. 1991). Der über 100 Konflikte umfassende Ergänzungsband „Konflikte 1990-1995“ erscheint ebenfalls im Ploetz-Verlag im Juli 1996.

**Anschrift:** Prof. Dr. Frank R. PFETSCH, Universität Heidelberg, Institut für Politische Wissenschaft, Marstallstr. 6, 69117 Heidelberg;  
Tel: 06221-542872, Fax: 06221/542896, E-mail: info@hiik.de

---